Dwora Stein

BEGRÜSSUNG UND EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich darf sie herzlich zu unserer gemeinsamen Veranstaltung begrüßen!

Das Thema dieser Veranstaltung könnte nicht aktueller sein: Vor wenigen Tagen wurden die aktuellen Arbeitsmarktzahlen für Österreich veröffentlicht. Das Ergebnis ist wieder einmal – wie immer in den letzten Monaten und auch schon Jahren – ein Negativrekord.

Wir haben zur Zeit die höchste Arbeitslosigkeit in der Nachkriegsgeschichte! Im Oktober 2005 waren in Österreich, inklusive der in Schulung befindlichen Personen, rund 300.000 Menschen arbeitslos.

Dessen ungeachtet wird immer wieder betont, Österreich stünde im EU-Vergleich noch relativ gut da. Das stimmt auch. Österreich liegt mit seiner Arbeitslosenquote von 5,3% nach EU-Zählung an fünfter Stelle, also tatsächlich relativ gut.

Was jedoch besorgniserregend ist, ist der sich abzeichnende Trend: Österreich ist eines jener EU-Länder in denen die Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2000 am stärksten gestiegen ist. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenquote noch bei 3,6%, jetzt, im Oktober 2005, schon bei 5,3% – und ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht!

Was uns besonders große Sorgen bereitet, sind die sehr hohen Zuwächse der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen. Dies gilt insbesondere für jene, die über keine abgeschlossene Schulbildung verfügen. Deren Arbeitslosigkeit ist – verglichen mit dem Vorjahr – um 19,2% hochgeschnellt. Aber auch bei jungen Menschen, die einen Pflichtschulabschluss haben, ist der Anstieg gegenüber 2004 beachtlich: er liegt bei 7,3%.

Das ist ein Grund warum das Thema unserer heutigen Veranstaltung so besonders aktuell ist.

Ein weiterer Grund findet sich bei einem Blick in andere europäische Länder: dort sind wir gerade in den letzten Tagen, und vor allem auch Nächten, mit Vorgängen konfrontiert, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Entwicklungen der Arbeitsmärkte und der hohen Arbeitslosigkeit stehen. In verschiedenen französischen Vorstädten – und mittlerweile auch in anderen Ländern Europas – zeigt sich gerade jetzt, dass fehlende Arbeit und die damit einhergehende Perspektivenlosigkeit enorme individuelle und soziale Instabilität mit sich bringen. Diese kann – im wahrsten Sinne des Wortes – zu einem Flächenbrand führen: Junge Menschen, die in Gebieten mit hoher Erwerbslosigkeit leben und mittlerweile jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft verloren haben, machen ihrer Frustration, ihrem Zorn, ihrer Wut, Luft: Sie gehen gewaltsam gegen öffentliche Einrichtungen und andere Dinge vor, die für sie den Staat bzw. das unterdrückende System repräsentieren. Explosiv wird es, wenn sie dann auch noch mit der Arroganz der Macht konfrontiert werden.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 3/0: Seiten 7–11

Wie wir gerade miterleben müssen, sind keine oder eine nur schlechte Ausbildung, Diskriminierung, fehlender Zugang zu Arbeitsplätzen und gekürzte Sozialbudgets eine höchst explosive Mischung – und das muss Anlass zum Handeln sein.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass einiges falsch läuft in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – in Österreich wie auch in Europa. In Frankreich liegt die durchschnittliche Arbeitslosenquote derzeit bei 9,4%. In den Problemregionen, von denen ich gerade gesprochen habe, jedoch bei über 40%.

Auch die Referenden über die Europäische Verfassung und deren Ausgang haben deutlich gezeigt, dass es bei den Menschen in Europa eine tief verankerte Europaskepsis gibt. Das ist traurig, denn viele von uns sind für das Europäische Projekt eingestanden und tun dies nach wie vor. Allerdings muss sich in der Politik einiges ändern – so gesehen ist das französische und niederländische Votum gegen die Europäische Verfassung wohl weniger eine Ablehnung der Verfassung an sich, als vielmehr eine Absage an wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, die Ergebnis der Politik der EU aber auch – und das betone ich ausdrücklich – der nationalen Regierungen sind: Was die Menschen unmittelbar spüren, sind Einschnitte im Sozialbereich, sind die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Stimmung. Dies alles steht im scharfen Kontrast zu den Versprechungen, die den Menschen in Europa gemacht worden sind.

Österreich bereitet sich auf die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 vor, es wird in der EU und bei der Entwicklung eines europäischen Sozialmodells eine maßgebliche Rolle spielen. Die amtierende britische Ratspräsidentschaft wird sehr viele Themen nicht erledigt haben und deren Behandlung damit an Österreich weiter geben. Welche Themen das im Konkreten sind, ist gerade für uns als Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen besonders interessant:

- Es geht um eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass die ArbeitnehmerInnen in Österreich ohnehin schon Europameister der Flexibilität sind.

- Es geht um die Forderung nach einer Senkung der Löhne und Gehälter, um damit angeblich mehr Beschäftigung schaffen zu können.

- Es geht um die Erleichterung der Mobilität von Arbeitskräften – auf den ersten Blick klingt diese Forderung sehr schön und **das** Stichwort in dem Zusammenhang ist die viel diskutierte EU-Dienstleistungsrichtlinie. Diese droht in Wirklichkeit jedoch, wenn sich daran nichts Grundlegendes ändert, zu einem beispiellosen Sozialabbauprogramm zu werden.

- Es geht um die Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung – dies ist zwar immer wieder eingefordert, jedoch nicht umgesetzt worden. Und es geht um den Ausbau des lebensbegleitenden Lernens.

Wohin geht also der Weg, den Europa bzw. seine EntscheidungsträgerInnen einschlagen möchten?

Derzeit ist es en vogue, Europa immer wieder mit den USA zu vergleichen. Für uns als Inter-

essensvertretung der ArbeitnehmerInnen ist jedoch eines unbestritten: Wir haben ein anderes Sozialmodell als die Vereinigten Staaten von Amerika und wir wollen dieses soziale Modell, ungeachtet aller nationalstaatlicher Unterschiedlichkeiten, nicht nur beibehalten sondern es auch weiterentwickeln!

Was wird dem europäischen Sozialmodell – auf das wir, so glaube ich, noch immer zu Recht stolz sind – vorgeworfen?

Da wird behauptet, unsere Arbeitszeiten seien zu kurz, wir würden daher im Vergleich mit den USA nicht genug erwirtschaften.

Wir seien zudem nicht ausreichend flexibel, weshalb die Arbeitsbeziehungen stärker dereguliert werden müssten.

Die Produktivität im Dienstleistungsbereich sei zu niedrig und gleichzeitig seien unsere Lohnnebenkosten zu hoch. Die Debatte über die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten flammt immer wieder auf – v.a. in Österreich, aber auch in anderen Ländern Europas. Dabei unterbleibt der Hinweis zumeist, dass diesen Kosten auch nennenswerte Leistungen gegenüber stehen.

Und letzten Endes wird auch der angeblich fehlende Binnenmarkt für Dienstleistungen als Ursache für die Strukturschwäche Europas benannt. Worum es bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Wirklichkeit geht, ist die weitgehende Untergrabung bzw. Aushöhlung von nationalem Arbeitsrecht. Dies trifft insbesondere für die Umsetzung des so genannten „Herkunftslandsprinzips“ zu.

Österreich wird als EU-Ratsvorsitz zu all diesen relevanten Fragen Stellung beziehen müssen. Wir als ArbeitnehmerInnenvertretung sind dabei gefordert, Entwicklungen zu verhindern, die ArbeitnehmerInnenrechte gefährden und eine Spirale nach unten in Gang setzen würden.

Welche Entwicklungen sind das?

U.a. planen die Strategen in der Europäischen Kommission eine Öffnung des Niedriglohnsektors. Davon versprechen sie sich – und uns – mehr Beschäftigung. Menschen sollen also, polemisch gesagt, „aktiviert“ werden, um zu noch niedrigeren Löhnen noch mehr zu arbeiten.

Zudem sollen durch so genannte „Reformen“ der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsrechts angebliche Beschäftigungshemmnisse beseitigt werden: denn in gewissen Kreisen herrscht die Auffassung vor, dass durch Einschnitte bei den Sozialleistungen und die Deregulierung des Arbeitsrechts ein nennenswerter Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit geleistet werden könne. Aus unserer Sicht ist das jedoch ein vollkommen falscher Ansatz der ganz offensichtlich auch nicht funktioniert.

Unsere Forderung ist es weiterhin, dass das Erwerbseinkommen ausreichend hoch sein muss, um damit den Lebensunterhalt tatsächlich bestreiten zu können. Denn das viel zitierte, vermeintliche „Jobwunder“ in den USA während der 1990er Jahre ist ja auch darauf zurückzuführen, dass – aufgrund der niedrigen Löhne – zur Sicherung der Existenz zwei Jobs

gebraucht werden. Das Problem der „working-poor“, also jener Menschen, die trotz Erwerbsarbeit unter Armut leiden, ist ein gravierendes.

In Europa benötigen wir eine andere Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Dies möchte ich am Beispiel der laufenden Diskussionen betreffend Qualifizierungsmaßnahmen und die Qualität der Arbeitsvermittlung verdeutlichen: beide sind wichtig, ebenso wie auch Qualifizierung, lebensbegleitendes Lernen und aktive Arbeitsmarktpolitik wichtig sind.

Das allein reicht allerdings nicht! Denn was uns am stärksten fehlt, sind die Arbeitsplätze selbst. Qualifizierung und eine hochwertige Vermittlung kann zweifellos einen Beitrag zur raschen (Wieder)Eingliederung eines Teils der Arbeitslosen leisten. Wenn es jedoch nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt, weil Wirtschaft und Staat keine zusätzliche Beschäftigung schaffen, dann helfen auch die beste Qualifikation und Vermittlung nichts.

Wir erleben zur Zeit die längste wirtschaftliche Stagnationsphase im Europa der Nachkriegszeit. Wann diese Wirtschaftsschwäche überwunden werden wird, ist offen.

Notwendig (im wahrsten Sinne des Wortes) und gleichzeitig effektiv wäre eine Europäische Beschäftigungsstrategie, die auf einen Mix aus makroökonomischer Wachstumspolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik setzt. Denn nur so werden letzten Endes mehr Arbeitsplätze entstehen können.

Alle bisherigen Strategien hatten hingegen nur einen Effekt und der lässt sich gut in einem einfachen Bild zusammenfassen: Die Katze beißt sich selbst in den Schwanz. Die Binnennachfrage, d.h., heißt Konsum und Investitionen, wurden in Europa stark gedämpft, wodurch wiederum eine Abwärtsspirale im Gang gesetzt worden ist. Gebremst wird dieser Abwärtstrend nur durch Erfolge bei den Exporten, also durch die Nachfrage aus Regionen außerhalb der Europäischen Union. Wenn jedoch die Kaufkraft nachlässt und es keine Nachfrage gibt, dann investieren auch Unternehmen nicht.

Im Hinblick auf die Staatsfinanzen begegnet uns immer häufiger das Argument, die vorgenommenen Kürzungen würden im Interesse künftiger Generationen durchgeführt. Pensionskürzungen, Leistungskürzungen im Gesundheitsbereich, Studiengebühren: alles im Interesse künftiger Generationen. Wie man aus vielen Beispielen in Österreich und Europa ersehen kann, ist „Generationengerechtigkeit“ für viele ganz offensichtlich nur eine Frage von Schulden bzw. Schuldenfreiheit. Da drängt sich der Vergleich mit einem Familienvater geradezu auf, der seinem Kind ein schuldenfreies Haus hinterlassen will: durch das Dach kann es zwar regnen, die Grundmauern können bröckeln, der Verputz von den Wänden fallen, die Heizung nicht funktionieren und zur Not können auch Teile der Einrichtung verkauft werden: Hauptsache ist, dass das Haus – oder besser gesagt, das was davon noch über ist – am Ende des Prozesses schuldenfrei ist. Was wir künftigen Generationen hinterlassen, entscheidet sich aber nicht primär an der Verschuldung, sondern am realwirtschaftlichen Gegenwert!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Weg muss ein anderer sein, denn auf dem Spiel steht das europäische Sozialmodell. Diesbezüglich gibt es zahlreiche Herausforderungen, v.a. auch durch die Erweiterung der Europäischen Union. Dieser Integrationsprozess ist eine große Herausforderung, weil es beträchtliche Unterschiede gibt – nicht nur im Hinblick auf die wirt-

schaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch bei den sozialen Institutionen. Das was wir wollen, ist eine Angleichung nach oben. Denn eine Nivellierung auf dem niedrigsten Niveau wird nie im Interesse der arbeitenden Menschen in Europa sein.

Erkämpfte Sozial- und Rechtsstandards dürfen nicht vom trojanischen Pferd des Wirtschaftsliberalismus – u.a. transportiert über den Weg der neuen Beitrittsländer – wieder beseitigt werden. Dafür gilt es zu kämpfen und gerade vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung ist eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik von Nöten, die Angebots- und Nachfrageseite in gleicher Weise berücksichtigt und die soziale Frage wieder in das Zentrum der Politik rückt.

Nur so kann auch den negativen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten gegengesteuert werden; nur mit einer erkennbaren Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen zurück gewonnen werden; nur so lässt sich auch das Vertrauen der VerbraucherInnen stärken und nur so können wir nachhaltig dafür sorgen, dass der soziale Friede erhalten bleibt bzw. wieder geschaffen wird.

Dafür ist es hoch an der Zeit, das sind die Herausforderungen mit denen wir konfrontiert werden, das sind die Fragen, die uns bewegen. In diesem Sinne wünsche ich uns heute interessante Beiträge und Erkenntnisse, die uns auf diesem Weg weiter bringen. Dankeschön!

Sozialpolitik in Diskussion, Band 3/0: Seiten 7–11